

<b>Vorlage Nr. 14/2022</b>		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>ja</b>	Anzahl Anlagen: 2

## **Anerkennung eines 1,0 überplanmäßigen Bedarfes für die Digitalisierung im Stadtarchiv**

### **A Problem**

Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Mit der Digitalisierung einher geht der Ausbau der digitalen Aktenführung in der Verwaltung, verbunden mit der Notwendigkeit, die elektronischen Daten von allen Organisationseinheiten zu übernehmen und dauerhaft zu archivieren. Des Weiteren müssen im Stadtarchiv speziell die eigenen Medienbestände, insbesondere Filme (VHS-Kassetten, Super8) und Fotos, digitalisiert werden. In Folge dessen nimmt die Zahl der zu archivierenden elektronischen Dokumente rapide zu. Diese Aufgabe kann nicht mit dem bestehenden Personalbestand realisiert werden.

### **B Lösung**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Kultur, die Anerkennung eines 1,0 Bedarfes einer:ines Beschäftigten der Informations- und Kommunikationstechnik (Entgeltgruppe 8 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung).

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden können.

### **D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen**

Auf der Grundlage der Personalhauptkosten entstehen laufende Personalkosten in Höhe von ca. 56.000 € pro Jahr. Die zusätzlichen Personalkosten sollen aus zentralen Mitteln finanziert werden, soweit eine Finanzierung aus dem Budget des Stadtarchivs bzw. des Ausschussbereiches nicht möglich ist.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

### **E Beteiligung/Abstimmung**

Im Rahmen der Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes sind die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen. Der Ausschuss für Schule und Kultur – Bereich Kultur wird in seiner Sitzung am 10.03.2022 mit einer Vorlage begrüßt.

### **F Öffentlichkeitsarbeit nach dem BremIFG**

Keine, eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

### **G Beschlussvorschlag**

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt, vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Kultur, die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten Bedarfes (Entgeltgruppe 8 TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich Bewertung) für die Digitalisierung des Stadtarchivs .

Zum Stellenplan 2024/2025 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Melf Grantz  
Oberbürgermeister

Anlage 1: Vorlage für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur - Bereich Kultur am 10.03.2022

Anlage 2: Strategie zur digitalen Langzeitarchivierung im Stadtarchiv Bremerhaven